

**INNENMINISTERIUM
BADEN - WÜRTTEMBERG**

Postfach 10 34 65 • 70029 Stuttgart
E-Mail: poststelle@im.bwl.de
FAX: 0711/231-5000

An den
Präsidenten des Landtags
von Baden-Württemberg
Herrn Guido Wolf MdL
Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Datum 27.11.2013
Name Hermann Königsberg
Durchwahl 0711 231-3225
Aktenzeichen 2-2215.8/36
(Bitte bei Antwort angeben)

nachrichtlich
Staatsministerium

Antrag der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch u. a. CDU

- Kommunale Partnerschaften zwischen baden-württembergischen und nicht-deutschen Kommunen in der Europäischen Union
- Drucksache 15/4270

Ihr Schreiben vom 6. November 2013

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

das Innenministerium nimmt zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,
zu berichten,*

- 1. seit wann es kommunale Partnerschaften zwischen baden-württembergischen und nicht-deutschen Kommunen in der Europäischen Union gibt und wie sich seither die Anzahl dieser kommunalen Partnerschaften entwickelt hat (aufgeteilt nach EU-Mitgliedstaaten);*

Zu 1.:

Ludwigsburg und Montbéliard (Frankreich) haben 1950 die erste kommunale Partnerschaft begründet. Dies war zugleich die erste Städtepartnerschaft in Europa.

Die kommunalen Partnerschaften werden statistisch nicht erfasst. Eine von der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas geführte Datenbank der kommunalen Partnerschaften weist folgende Partnerschaften zwischen baden-württembergischen Kommunen (Gemeinden und Landkreise) und Kommunen aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union aus:

Staat	Anzahl der		
	Partnerschaften	Freundschaften	Kontakte
Belgien	10	–	–
Bulgarien	2	1	–
Dänemark	–	–	2
Estland	–	–	–
Finnland	4	2	2
Frankreich	439	22	44
Griechenland	1	–	1
Irland	1	–	2
Italien	81	12	17
Kroatien	6	–	2
Lettland	–	–	3
Litauen	1	–	1
Luxemburg	3	–	–
Malta	–	–	–
Niederlande	4	–	1

Staat	Anzahl der		
	Partnerschaften	Freundschaften	Kontakte
Österreich	49	10	14
Polen	23	5	12
Portugal	1	2	1
Rumänien	2	3	–
Schweden	3	–	–
Slowakei	–	–	2
Slowenien	7	–	1
Spanien	9	1	10
Tschechische Republik	8	9	5
Ungarn	90	9	27
Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland	74	1	9
Zypern	–	–	–
insgesamt	818	77	156

In der Datenbank geführt werden

- als Partnerschaft: förmlich, zeitlich und sachlich nicht begrenzte Partnerschaften, die auf einem Partnerschaftsvertrag beruhen,
- als Freundschaft: Verbindungen, die auf einer Vereinbarung beruhen, die aber zeitlich begrenzt ist oder genau spezifizierte Projekte der Beziehung benennt,
- als Kontakt: Verbindungen ohne förmliche Festlegung.

2. *inwiefern es kommunale Partnerschaften zwischen baden-württembergischen Kommunen und Kommunen außerhalb der heutigen Grenzen der Europäischen Union gibt;*

Zu 2.:

Nach der Datenbank des Rates der Gemeinden und Regionen Europas gibt es 125 Partnerschaften, 40 Freundschaften und 66 Kontakte baden-württembergischer Kommunen mit Kommunen aus insgesamt 36 Staaten, die nicht der Europäischen Union angehören.

- 3. aus welchen Gründen kommunale Partnerschaften zwischen baden-württembergischen und nicht-deutschen Kommunen in der Europäischen Union eingegangen werden und was die Aufgaben und Ziele dieser kommunalen Partnerschaften sind;*
- 4. wie intensiv die kommunalen Partnerschaften zwischen baden-württembergischen und nicht-deutschen Kommunen in der Europäischen Union sind und durch welche Aktivitäten und inhaltliche Ausgestaltungen sich diese kommunalen Partnerschaften auszeichnen;*

Zu 3. und 4.:

Am Anfang stand im Mittelpunkt kommunaler Partnerschaften der Gesichtspunkt der Aussöhnung nach den schrecklichen Erfahrungen zweier Weltkriege. Überwindung nationalstaatlichen Denkens und der Abbau von Vorurteilen zwischen den Staaten waren der ursprüngliche Gedanke der Partnerschaften. Im Zuge des zunehmenden Zusammenwachens der Staaten Europas und der Entwicklung grenzüberschreitender Kontakte und Zusammenarbeit – auch über Europa hinaus – entstanden im Laufe der Jahre zahlreiche weitere Partnerschaften und Kontakte auf kommunaler Ebene, die einen Austausch in den verschiedensten Lebensbereichen beinhalten. Nach dem Wegfall der Ost-West-Konfrontation sind zahlreiche Partnerschaften in den mittel- und osteuropäischen Staaten entstanden. Die baden-württembergischen Kommunen konnten mit ihrem know-how wirksame Aufbauhilfe zur Verbesserung der dortigen Lebensbedingungen leisten und dadurch auch den Aufbau demokratischer Strukturen in diesen Ländern unterstützen.

Ob und welche Partnerschaften eingegangen werden und wie diese mit Leben erfüllt werden, entscheiden die Kommunen im Rahmen ihres kommunalen Selbstverwaltungsrechts in eigener Verantwortung. Die Gründe für das Eingehen einer Partnerschaft, die Ausgestaltung und die Intensität der partnerschaftlichen Beziehungen sowie die Aktivitäten im Rahmen der Partnerschaft sind deshalb in den Kommunen und bei den jeweiligen Partnerschaften unterschiedlich. Der Landesregierung liegen keine diesbezüglichen Informationen zu den einzelnen Partnerschaften vor.

5. *wie sie und – soweit bekannt – die kommunalen Spitzenverbände in Baden-Württemberg kommunale Partnerschaften zwischen baden-württembergischen und nicht-deutschen Kommunen in der Europäischen Union bewerten;*

Zu 5.:

Die Landesregierung begrüßt kommunale Partnerschaften mit Kommunen aus anderen Staaten grundsätzlich. Ihr hoher politischer Wert liegt in dem völkerverbindenden Charakter dieser Beziehungen. Der Partnerschaftsgedanke hat nach dem zweiten Weltkrieg dazu beigetragen, die Gräben zwischen den Nationen zuzuschütten. Kommunale Partnerschaften sind ein wichtiger Beitrag zur Herstellung eines engen Beziehungsgeflechts zwischen den Staaten. Partnerschaften mit Kommunen aus der Europäischen Union tragen zudem in besondere Weise zum Zusammenwachsen Europas bei. Das Ziel eines vereinten Europas kann nur gelingen, wenn es in den Köpfen und Herzen der Menschen verwurzelt ist. Kommunale Partnerschaften leisten dazu einen unverzichtbaren Beitrag. Sie geben den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, die Kultur des anderen Landes in unterschiedlichen Lebensbereichen kennen zu lernen.

Der Gemeindetag Baden-Württemberg hält unabhängig von der geographischen Lage der Partnerkommunen Kommunalpartnerschaften für eine wichtige Form des interkommunalen Wissens- und Erfahrungsaustauschs. Darüber hinaus bieten sie Jugendlichen, Bürgerinnen und Bürgern sowie ehrenamtlich Tätigen Gelegenheit zu intensivem Kennenlernen anderer Kommunen und deren Länder. Vor allem stellen sie für örtliche Vereine eine interessante Basis für einen breiten kulturellen Austausch dar. Für Schulen sind Kommunalpartnerschaften oft ein Rahmen, der eine internationale Zusammenarbeit bei der Sprachförderung erleichtert, darüber hinaus aber auch das

kulturelle und geschichtliche Verständnis der Schüler fördert. Kommunalpartnerschaften sind ferner als örtlicher Beitrag zur Völkerverständigung, der Ausgangsidee dieser Bewegung, immer noch von erheblicher Bedeutung. Neben klassischen Kommunalpartnerschaften haben sich aber auch weniger institutionalisierte Formen internationaler Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene entwickelt, die nicht weniger wichtig sind. Aktuell ist dabei auf den deutsch-griechischen kommunalen Wissenstransfer hinzuweisen, mit dem ein kollegialer Know-how-Transfer zwischen deutschen und griechischen Kommunalverantwortlichen vom Gemeindetag Baden-Württemberg organisiert wird. Ein Großteil der an dem Wissenstransfer beteiligten Oberbürgermeister, Bürgermeister, Landräte und anderen Kommunalfachleute kommen aus Baden-Württemberg.

Nach Auffassung des Städtetags Baden-Württemberg fördern kommunale Partnerschaften auf vielfältige Weise die weltweite Völkerverständigung. Städtepartnerschaften mit Kommunen aus der Europäischen Union tragen darüber hinaus in besonderer Weise zum Zusammenwachsen der Staaten Europas bei. Persönliche Begegnungen und der lebendige Austausch der Menschen, unter anderem in den Lebensbereichen Sport, Kunst und Kultur, Bildung, Wirtschaft, Politik und bürgerschaftlichem Engagement, sind die Grundlage für ein gegenseitiges Verstehen und damit für die Entwicklung eines europäischen Zusammengehörigkeitsgefühls. Ihre Bedeutung ist durch die Globalisierung in Gesellschaft und Wirtschaft noch gewachsen. Der Städtetag Baden-Württemberg bewertet daher kommunale Partnerschaften sehr positiv und unterstützt seine Mitglieder auf deren Wunsch in diesem Themenfeld.

6. *was sie unternimmt, um kommunale Partnerschaften zwischen baden-württembergischen und nicht-deutschen Kommunen in der Europäischen Union zu unterstützen bzw. zu beleben und inwiefern die Kommunen hierbei beispielsweise durch entsprechende Fachstellen begleitet werden;*
7. *wie insbesondere Kinder und Jugendliche dazu motiviert werden, sich in kommunale Partnerschaften zwischen baden-württembergischen und nicht-deutschen Kommunen in der Europäischen Union einzubringen;*

Zu 6. und 7.:

Das Eingehen und Pflegen von kommunalen Partnerschaften gehört zum kommunalen Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden und Landkreise. Die Landesregierung nimmt hierauf keinen Einfluss.

8. durch welche Maßnahmen und Mittel die Europäische Union und die Landesregierung kommunale Partnerschaften zwischen baden-württembergischen und nicht-deutschen Kommunen in der Europäischen Union unterstützen und was sich hierbei insbesondere vor dem Hintergrund der zunehmenden Anzahl an trinationalen bzw. multinationalen kommunalen Partnerschaften in der EU-Förderperiode 2014 bis 2020 ändert;

Zu 8.:

Kommunalpartnerschaftsprojekte können aus dem EU-Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ gefördert werden. Nach dem derzeit geltenden Programm für die Jahre 2007 bis 2013 können Begegnungen von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen von Kommunalpartnerschaften zum persönlichen Austausch und Dialog über europäische Themen mit einem Zuschuss von 5.000 € bis 25.000 € gefördert werden. Thematische Netzwerke zwischen Partnerkommunen (z. B. durch Konferenzen und Workshops) können mit einem Zuschuss von 10.000 € bis 150.000 € gefördert werden. Die Anträge werden von den Kommunen oder von Organisationen, die im Auftrag der Kommunen handeln, direkt bei der EU (Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur – EACEA) gestellt. Informationen über Zahl, Gegenstand und Förderungsbeträge der geförderten Projekte von baden-württembergischen Kommunen liegen der Landesregierung nicht vor.

Für die Förderperiode 2014 bis 2020 wird das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ neu aufgestellt. Das Gesamtbudget für die gesamte Förderperiode ist mit 185,4 Mio. € geringer als in der letzten Förderperiode (215 Mio. €). Die Europäische Kommission hat am 31. Oktober 2013 – vorbehaltlich der Annahme der zugrundeliegenden Verordnung über das Programm durch den Ministerrat – das Arbeitsprogramm für die Umsetzung des Programms für das Jahr 2014 beschlossen. Das Programm besteht aus den Bereichen „Europäisches Geschichtsbewusstsein“ und „Demokratisches Engagement und Bürgerbeteiligung“. Im Rahmen des zweiten Programmbereichs können auch weiterhin kommunale Partnerschaften mit einem Betrag von bis zu 25.000 € pro Projekt unterstützt werden. Die Maßnahme zielt darauf ab, Projekte zu

unterstützen, bei denen ein großer Kreis von Bürgerinnen und Bürgern aus Partnerkommunen sich gemeinsam mit Themen beschäftigt, die den Zielen des Programms entsprechen. Durch die Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger auf lokaler und europäischer Ebene im Rahmen einer Debatte über konkrete Themen der politischen Tagesordnung der Europäischen Union soll diese Maßnahme die Teilhabe der Bürgerschaft am politischen Entscheidungsprozess stärken und Möglichkeiten für das soziale Engagement und die Freiwilligentätigkeit auf Unionsebene eröffnen. Außerdem kann die Einrichtung von Städtenetzen gefördert werden, in denen Kommunen, Regionen und Verbände mit einer langfristigen Perspektive zusammenarbeiten; der Höchstbetrag der Finanzhilfe beträgt 150.000 €.

Mittel des Landes für eine finanzielle Unterstützung von kommunalen Partnerschaften stehen nicht zur Verfügung.

9. wie sie die zukünftige Entwicklung von kommunalen Partnerschaften zwischen baden-württembergischen und nicht-deutschen Kommunen in der Europäischen Union einschätzt.

Zu 9.:

Kommunale Partnerschaften sind auch weiterhin ein unverzichtbarer Beitrag für den Weg in ein vereintes Europa. Auf die Antwort zu Frage 5 wird verwiesen. Da die meisten Kommunen schon jetzt eine oder mehrere Partnerschaften unterhalten, dürfte der Schwerpunkt künftig mehr auf die Pflege und den Ausbau der bisherigen Partnerschaften gerichtet sein, als auf die Begründung neuer Partnerschaften.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Reinhold Gall MdL
Innenminister